Satzung

der DJK Grün-Weiß Gelmer 1950 e. V.

(vom 12.04.2019)

A. Allgemeines

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr, Vereinsfarben und Vereinslogo

- (1) Der im Jahre 1950 gegründete Verein führt den Namen:
DJK Grün-Weiß Gelmer 1950 e.V. (in der Langform),
GW Gelmer (Kurzform).
- (2) Der Verein hat seinen Sitz in Münster und ist beim Registergericht des Amtsgerichts Münster unter der Nr. VR 2284 eingetragen.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (4) Die Vereinsfarben sind grün-weiß; das Vereinslogo ist in der Anlage 1 abgebildet.

§ 2 Zwecke

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Vereins im Sinne von § 52 Abs. 2 AO ist die
 - 2.1 Förderung der Jugendhilfe nach Nr. 4; der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - 2.1.1 die Anerkennung als „Träger der freien Jugendhilfe“ gemäß § 75 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII,
 - 2.1.2 Handeln im Rahmen der Kooperationskompetenz in Verbindung mit der Sportjugend NRW und § 2 Abs. 2 SGB VIII im Rahmen von § 11 Abs. 3 SGB VIII im Handlungsfeld Sportverein unter anderem in Projekten wie frühkindliche Entwicklungsförderung und Bildung der Kinder unter drei Jahren in und durch Körperbildung, Bewegung und Spielen,
 - 2.1.3 Förderung und Pflege von eng mit der Jugendhilfe verbundenen Leistungen des Freizeit- und Breitensports, Amateur- und Leistungssports durch sportliche Veranstaltungen für aktive Sportler zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit, Entwicklung der Motorik durch Beherrschen von Sportgeräten, Abbau von Aggressionen durch sportliche Betätigung, sinnvolle Betätigung mit anderen zusammen (Bindungssicherung), um dadurch Rücksichtnahme und Teamfähigkeit zu erlernen.
 - 2.2 Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung nach Nr. 7; der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
Kooperation in Zusammenarbeit mit der Offenen Ganztagschule im Rahmen von Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten.
 - 2.3 Förderung internationaler Gesinnung nach Nr. 13; der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
Veranstaltungen zur Integration von Neubürgern und Bürgern mit Migrationshintergrund, Austausch traditionellen Brauchtums.
 - 2.4 Förderung des Sports nach Nr. 21; der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch
 - 2.4.1 Sportförderung zur Erfüllung des Auftrags aus Art. 18 Abs. 3 der Landesverfassung NRW auf materiellem, geistigem und sittlichem Gebiet,
 - 2.4.2 Pflege des Freizeit- und Breiten- sowie Amateur- und Leistungssports durch Entwicklung der Motorik, durch Beherrschen von Sport- und Fitnessgeräten,
 - 2.4.3 Durchführung von sportlichen Veranstaltungen im Sinne des § 67a AO mit Benutzung von Räumlichkeiten nach § 67a AO in Verbindung mit Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO) zu § 67a Nr. 11 und 12 bzw. Geräten mit und ohne qualifizierter Betreuung,
 - 2.4.4 Errichten und Unterhalten von Sportstätten.

§ 3 Gemeinnützigkeit

- (1) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Verein ist parteipolitisch und religiös neutral.

§ 4 Mittelverwendung

- (1) Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen oberhalb steuerlicher Freigrenzen nach Einkommensteuerrecht in ihrer Eigenschaft als Mitglied aus Mitteln der Körperschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

- (2) Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a Einkommensteuergesetz (EStG) ausgeübt werden. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit trifft der Vorstand. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbeendigung.
- (3) Ausscheidende Mitglieder haben gegen den Verein keine Ansprüche auf Zahlung des Wertes eines Anteils am Vereinsvermögen.

§ 5 Verbandsmitgliedschaften

- (1) Der Verein ist Mitglied
 - 1.1 im Stadtsportbund Münster,
 - 1.2 des DJK Sportverbandes Deutsche Jugendkraft,
 - 1.3 in den für die betriebenen Sportarten zuständigen Fachverbänden.
- (2) Um die Durchführung der Vereinsaufgaben zu ermöglichen, kann der Vorstand den Eintritt und Austritt zu den Fachverbänden beschließen.

B. Vereinsmitgliedschaft

§ 6 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins können nur natürliche Personen werden.
- (2) Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme auf Zeit oder auf Dauer erworben.
- (3) Es ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Verein zu richten. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am SEPA-Verfahren teilzunehmen. Diese Pflichtangabe und die Einwilligungserklärung zur Datenerhebung nach § 27 dieser Satzung erfolgt auf dem Aufnahmeantrag.
- (4) Der Aufnahmeantrag eines beschränkt Geschäftsfähigen oder Geschäftsunfähigen ist von dem / den gesetzlichen Vertreter(n) zu stellen. Die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Vereinsmitglieder verpflichten sich mit dem Aufnahmeantrag für die Beitragsschulden gesamtschuldnerisch aufzukommen.
- (5) Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand durch Beschluss. In der Beschlussfassung wird das Datum des Beginns der Mitgliedschaft zum 1. eines Monats bzw. Spiel-/ Startberechtigungsbeginn der jeweiligen Sportart und der Beginn der Finanzierung nach § 12 dieser Satzung bestimmt; das Mitglied erhält eine schriftliche Aufnahmebestätigung mit diesem Inhalt.
- (6) Mit der Aufnahme erkennt das Mitglied die Vereinssatzung und die Ordnungen in der jeweils gültigen Fassung an.
- (7) Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Die Ablehnung der Aufnahme muss nicht begründet werden.

§ 7 Arten der Mitgliedschaft

- (1) Der Verein besteht aus:
 - 1.1 aktiven Mitgliedern,
 - 1.2 passiven Mitgliedern,
 - 1.3 Ehrenmitgliedern.
- (2) Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die Angebote des Vereins im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen und / oder am Trainings-/Spielbetrieb teilnehmen können.
- (3) Für passive Mitglieder steht die Förderung des Vereins oder bestimmter Vereinsabteilungen durch Geld- oder Sachzuwendungen im Vordergrund. Sie nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht.
- (4) Ehrenmitglieder sind Personen, die sich um den Verein und seine Vereinszwecke außerordentliche Verdienste erworben haben. Ihnen steht ein Stimmrecht zu. Sie werden durch Beschluss mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden Mitglieder der Mitgliederversammlung gewählt.
Der Verein ehrt selbst verdiente Mitglieder oder beantragt Ehrungen bei den zuständigen Verbänden.

§ 8 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch

- 1.1 Austritt bzw. Fristablauf bei Mitgliedschaften auf Zeit
- 1.2 Ausschluss
- 1.3 Tod
- 1.4 Auflösung des Vereins

§ 9 Austritt

Zeitmitgliedschaften enden durch genannten Fristablauf im Aufnahmeantrag.

Der Austritt auf Dauer aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er wird halbjährlich, jeweils zum 30.06. oder zum 31.12., unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat, schriftlich (auch mit E-Mail) an den Sitz des Vereins, wirksam.

Dies gilt auch für den Fall nach § 12 Abs. 1 Ziffer 1.5 dieser Satzung. Dies bedeutet, dass bei einem Vorstandsbeschluss nach der vorherigen Satzungsregelung immer der Zeitpunkt maßgebend ist, zudem der Vorstandsbeschluss erlassen wird. Ist das jeweilige Mitglied zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied und ist die Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen, treffen das Mitglied alle Verpflichtungen aus dem Vorstandsbeschluss, auch dann, wenn bereits eine Kündigung erklärt worden ist, aber die Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen ist.

§ 10 Ausschluss

- (1) Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied

- 1.1 trotz schriftlicher Mahnung seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt,
- 1.2 grobe Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen schuldhaft begeht,
- 1.3 in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Zwecke zuwiderhandelt.

- (2) Über den Ausschluss nach Abs. 1

Ziffer 1.1 entscheidet der Vorstand, nach dem die Frist zur Zahlung abgelaufen ist. Er entscheidet mit einfacher Mehrheit.
Ziffern 1.2 und 1.3 entscheidet der Vorstand auf Antrag. Zur Antragstellung ist jedes Mitglied berechtigt.

- (3) Der Antrag auf Ausschluss nach Abs. 1, Ziffern 1.2. und 1.3. ist dem betroffenen Mitglied samt Begründung zuzuleiten. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von drei Wochen zu dem Antrag auf Ausschluss Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom Vorstand unter Berücksichtigung einer eventuell zugegangenen Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Antrag zu entscheiden.
- (4) Der Vorstand entscheidet mit Zweidrittelmehrheit.
- (5) Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe an das betroffene Mitglied wirksam.
- (6) Der Beschluss ist dem Mitglied schriftlich mit Gründen durch „Einschreiben Einwurf“ an die dem Verein bekannte Anschrift mitzuteilen.
- (7) Der Weg zu den ordentlichen Gerichten bleibt unberührt.

§ 11 Ansprüche bei Beendigung der Mitgliedschaft

Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund nach § 8 der Satzung, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Finanzierungspflichten nach § 12 dieser Satzung, bleiben hiervon unberührt. Vereinseigene Gegenstände sind dem Verein herauszugeben oder wertmäßig abzugelten. Dem austretenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.

§ 12 Finanzierung

- (1) Der Verein erhebt zur Finanzierung seiner Zwecke:

- 1.1 Zuwendungsfähige und nicht zuwendungsfähige Mitgliederbeiträge in Geld als Halbjahresbeiträge und in Arbeitsleistungen (Pflichtstunden),
- 1.2 Mitgliedsbeiträge als Gesamtbeitrag oder als Grundbeitrag mit zusätzlichem abteilungsspezifischem Anteil,
- 1.3 Aufnahme-, Bearbeitungs- und Kursgebühren,
- 1.4 Zusatzentgelte für zweckspezifische Leistungen,
- 1.5 Investiv- oder Konsumtiv-Umlagen nach Darlegung der Gründe durch den Vorstand (z.B. Finanzierung eines Projekts, unvorhersehbare Verschuldung) bis zum sechsfachen des Jahresbeitrages bzw. bis zur Obergrenze nach § 52 AO in Verbindung mit AEAO zu § 52 Ziffer 1.2 innerhalb von 10 Jahren je Mitglied

Es können abteilungsspezifische Beiträge, Umlagen und Gebühren für besondere Leistungen des Vereins erhoben werden.

- (2) Die Höhe der Finanzierung nach Abs. 1 sowie deren Fälligkeit bestimmt der Vorstand durch Beschluss. Über die Erhebung und Höhe abteilungsspezifischer Beiträge, Umlagen und Gebühren entscheiden die Abteilungen durch Beschluss. Der Beschluss ist vom Vorstand zu genehmigen.
Beschlüsse über Beitragsfestsetzungen sind den Mitgliedern schriftlich bekannt zu geben.
- (3) Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein Änderungen zum SEPA-Zahlungsverfahren, der persönlichen Anschrift sowie einer eventuell angegebenen E-Mail Adresse unverzüglich mitzuteilen.
- (4) Mitgliedsbeiträge werden zum Fälligkeitstermin eingezogen. Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen und wird der Verein dadurch mit Bankgebühren (z.B. Kosten für Rücklastschrift) belastet, sind diese Gebühren durch das Mitglied zu tragen.
- (5) Der Vorstand kann in begründeten Einzelfällen Beitragsleistungen oder -pflichten ganz oder teilweise erlassen oder stunden bzw. Mitgliedern die Teilnahme am SEPA-Verfahren erlassen. In diesem Fall tragen sie den erhöhten Verwaltungsaufwand durch eine Bearbeitungsgebühr.
- (6) Ehrenmitglieder sind von der Finanzierung nach Abs. 1, Ziffern 1.1 bis 1.3 befreit.

§ 13 Mitgliederrechte minderjähriger Vereinsmitglieder

- (1) Kinder bis zum 12. Lebensjahr und andere Personen, die als geschäftsunfähig im Sinne der Regelungen des BGB gelten, können ihre Mitgliederrechte nicht persönlich ausüben. Diese werden durch ihre gesetzlichen Vertreter wahrgenommen.
- (2) Kinder und Jugendliche zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr üben ihre Mitgliederrechte im Verein persönlich aus. Ihre gesetzlichen Vertreter sind dagegen von der Wahrnehmung ausgeschlossen.
- (3) Mitglieder bis zum 16. Lebensjahr sind jedoch vom Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausgeschlossen. Das Stimmrecht kann jedoch in der Jugendversammlung im vollen Umfang ausgeübt werden.

§ 14 Ordnungsgewalt des Vereins

- (1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Regelungen dieser Satzung, sowie eventueller Vereinsordnungen zu beachten, einzuhalten und insbesondere den Anweisungen und Entscheidungen der Vereinsorgane, Mitarbeiter und Übungsleiter Folge zu leisten.
- (2) Ein Verhalten eines Mitglieds, das nach § 10 dieser Satzung zum Vereinsausschluss führen kann, kann auch nachfolgende Vereinsstrafen nach sich ziehen:
Befristeter Ausschluss vom Trainings- und / oder Spielbetrieb.

C. Vereinsorgane

§ 15 Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

- 1.1 Mitgliederversammlung
- 1.2 Vorstand
- 1.3 Abteilungen, Ausschüsse
- 1.4 Jugendversammlung

§ 16 Mitgliederversammlung

- (1) Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung.
- (2) Eine ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Jahr außerhalb der Schulferien NRW statt.
- (3) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von mindestens 14 Kalendertagen grundsätzlich durch E-Mail unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Bei fehlendem oder nicht bekanntem Internetanschluss von Mitgliedern wird durch einfachen Brief und zusätzlich durch Aushang am Vereinsheim eingeladen.
- (4) Die Tagesordnung setzt der Vorstand durch Beschluss fest.
- (5) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig.
- (6) Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung von einem anderen Mitglied des Vorstandes nach § 19 Abs. 2 der Satzung geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter. Der Versammlungsleiter bestimmt den Protokollführer.
- (7) Alle Abstimmungen und Wahlen erfolgen offen per Handzeichen. Wenn der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt wird, entscheidet darüber die Mitgliederversammlung. Eine geheime Abstimmung ist durchzuführen, wenn dies von mindestens ein Fünftel der erschienenen Stimmberechtigten verlangt wird.
- (8) Die Entscheidungen der Mitgliederversammlung werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet. Zur Änderung der Satzung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (9) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.
- (10) Jedes Mitglied auf Zeit oder auf Dauer hat mit Vollendung des 16. Lebensjahres in der Mitgliederversammlung ein Stimmrecht. Wählbar ist jedes Mitglied, das eine Dauermitgliedschaft erhalten hat, mit Vollendung des 18. Lebensjahres. Jedes stimmberechtigte Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
- (11) Jedes Mitglied kann bis spätestens sieben Kalendertage vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- (12) Anträge auf Satzungsänderung und Änderung von Vereinszwecken sind den Mitgliedern nach Ablauf der Antragsfrist zu übersenden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.
- (13) Der/Die Vertreter/in der zuständigen katholischen Gemeinde ist einzuladen und hat Teilnahmerecht.

§ 17 Zuständigkeit der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist unter anderem für folgende Vereinsangelegenheiten zuständig:

- 1.1 Entgegennahme der Berichte des Vorstandes
- 1.2 Entgegennahme des Revisionsberichtes
- 1.3 Entlastung des Vorstandes
- 1.4 Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes
- 1.5 Wahl der Innenrevisoren
- 1.6 Satzungs- und Zweckänderungen bzw. Beschlussfassung über Auflösung oder Fusion des Vereins
- 1.7 Beschlussfassungen über eingereichte Anträge

§ 18 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von 25 % aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.

§ 19 Vorstand

- (1) Der Vorstand gem. § 26 BGB besteht aus dem/der

- 1.1 Vorsitzenden,
- 1.2 Stellvertretenden Vorsitzenden,
- 1.3 Kassenwart/in.

Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam.

- (2) Der Vorstand des Vereins besteht aus dem

Vorstand nach § 26 BGB

- 2.1 Vorsitzende/r,
- 2.2 Stellvertretende/r Vorsitzende/r
- 2.3 Kassenwart/in,

und den Ressortleitern

- 2.4 Schriftführer/in,
- 2.5 Geschäftsführer/in,
- 2.6 Stellvertretende/r Kassenwart/in,
- 2.7 Leiter/in der Fußballabteilung,
- 2.8 Leiter/in der Tennisabteilung,
- 2.9 Verwalter/in der Sportanlagen,
- 2.10 Jugendleiter/in,
- 2.11 Stellvertretende/r Jugendleiter,
- 2.12 Vertreter/in der zuständigen katholischen Gemeinde.

- (3) Die Bestellung der Mitglieder des Vorstandes erfolgt durch Wahl auf der Mitgliederversammlung. Die Amtsdauer beträgt zwei Jahre. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Wahl der Nachfolger im Amt. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl erfolgt einzeln. Abwesende sind bei vorheriger schriftlicher Erklärung zur Funktionsannahme wählbar.
- (4) Hierbei werden jährlich abwechselnd gewählt:
- 4.1 In Jahren mit gerader Jahreszahl die Vorstandsmitglieder zu 2.1, 2.3, 2.5, 2.7 und 2.9,
 - 4.2 in Jahren mit ungerader Jahreszahl die Vorstandsmitglieder zu 2.2, 2.4, 2.6, und 2.8.
- (5) Scheidet ein Vorstandsmitglied vor dem Ende seiner Amtsperiode aus dem Vorstand aus oder legt sein Amt nieder, können die übrigen Vorstandsmitglieder bis zur Durchführung von Neuwahlen ein Ersatzmitglied berufen oder sich vertreten.
- (6) Der Vorstand tritt mindestens je Quartal einmal zusammen. Die Sitzungen werden durch den 1. Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung in der Reihenfolge des § 19 Abs. 2 der Satzung einberufen.
- (7) Die Mitglieder des Vorstandes haben in der Sitzung je eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des 1. Vorsitzenden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Vorstandsmitglieder anwesend ist.
- (8) Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich. Der/Die Vorsitzende kann jedoch Sachverständige und Gäste zu den Vorstandssitzungen einladen.
- (9) Über Beschlüsse sind Protokolle/Maßnahmenpläne unter Angabe von Ort, Tag, Angabe der (anwesenden und abwesenden) Teilnehmer und dem Abstimmungsergebnis zu führen.

§ 20 Zuständigkeit des Vorstandes

- (1) Der Vorstand ist unter anderem für folgende Vereinsangelegenheiten zuständig:
 - 1.1. Verwaltung (Mitgliederverwaltung, Geschäftsstelle, Personal, Satzung)
 - 1.2. Finanzen (Haushaltsplan, Buchführung, Datenfernverarbeitung, Beitragsstruktur, der Abteilungsbudgets und eventueller Nachträge)
 - 1.3. Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Presse, Vereinsinformationen, Sponsoring, Akquisition)
 - 1.4. Sport (Qualifikation, Trainings- / Spielbetriebskoordination, Passwesen, Angebote)
 - 1.5. Jugend (Jugendkoordination, Jugendveranstaltungen)
 - 1.6. Immobilien (Unterhaltung eigener und drittüberlassener Sportstätten)
 - 1.7. Einberufung der ordentlichen oder einer außerordentlichen Mitgliederversammlung
 - 1.8. Festsetzung der Mitgliederbeiträge
 - 1.9. Festsetzung der Tagesordnungen
 - 1.10. Vorlage von Jahresberichten für Mitgliederversammlungen
 - 1.11. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlungen
 - 1.12. Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern

§ 21 Abteilungen, Ausschüsse

- (1) Der Vorstand kann die Gründung und Auflösung von Abteilungen und Ausschüssen beschließen.
- (2) Jeder Abteilung wählt für die Dauer von zwei Jahren eine/n Obmann/Obfrau, den/die der Vorstand durch Beschluss bestätigt. Die Bestätigung kann unter Angabe von Gründen abgelehnt werden. Die Mitglieder der Abteilungen müssen dann erneut einen Leiter wählen.
- (3) Die Ausschüsse und Abteilungen können sich Ordnungen geben. Die Ordnungen bedürfen der Genehmigung des Vorstandes.

§ 22 Vergütungen, Aufwandsentschädigung, Aufwendungsersatz, Bezahlte Mitarbeit

- (1) Die Vereins- und Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt, soweit diese Satzung nicht etwas anderes bestimmt.
- (2) Der Vorstand kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage beschließen, dass Vereins- und Organämter entgeltlich auf der Grundlage eines Dienstvertrages oder gegen Zahlung einer pauschalierten Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Für die Entscheidung über Vertragsbeginn, -inhalt und -ende ist er zuständig. Er kann bei Bedarf und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage Aufträge über Tätigkeiten für den Verein gegen eine angemessene Vergütung oder Honorierung an Dritte vergeben.
- (3) Zur Erledigung der Geschäftsführungsaufgaben und zur Führung der Geschäftsstelle ist der Vorstand ermächtigt, im Rahmen der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Haushaltslage einen Mitarbeiter für die Verwaltung einzustellen. Im Weiteren ist er ermächtigt, zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke Verträge mit Übungsleitern abzuschließen. Das arbeitsrechtliche Direktionsrecht hat der 1. Vorsitzende.
- (4) Im Übrigen können die Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatz nach § 670 BGB für solche Aufwendungen geltend machen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon usw. Die Mitglieder und Mitarbeiter haben das Gebot der Sparsamkeit zu beachten. Der Vorstand kann durch Beschluss im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten Aufwandspauschalen festsetzen.
- (5) Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendung mit prüffähigen Belegen und Aufstellungen nachgewiesen werden.
- (6) Einzelheiten können in einer Finanzordnung geregelt werden.

D. Vereinsjugend

§ 23 Vereinsjugend

- (1) Die Jugend des Vereins ist die Gemeinschaft aller Mitglieder, die im Rahmen der Sportjugend NRW und § 2 Abs. 2 SGB VIII tätig wird.
- (2) Die Jugend des Vereins führt und verwaltet sich eigenständig und entscheidet über die ihr durch den Haushalt des Vereins zufließenden Mittel innerhalb des Zwecks „Förderung der Jugendhilfe“ nach § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO im Sinne § 2 der Satzung.
- (3) Organe der Vereinsjugend sind:
 - 3.1 die Jugendversammlung und
 - 3.2 der Jugendausschuss
- (4) Mitglieder des Vorstandes sind
 - 4.1 die/der Jugendleiter/in
 - 4.2 die/der stellvertretende Jugendleiter/in
- (5) Das Nähere regelt die Jugendordnung, die von der Jugendversammlung des Vereins beschlossen wird. Die Jugendordnung darf den Vorgaben dieser Satzung nicht widersprechen. Im Zweifelsfall gelten die Regelungen dieser Satzung.

E. Sonstige Bestimmungen

§ 24 Revision

- (1) Die Mitgliederversammlung beauftragt
 - 1.1 aus ihrer Mitte jährlich ein Mitglied für die Dauer von 2 Jahren mit der Durchführung der internen Revision oder
 - 1.2 Vertreter steuerberatender Berufe je nach Sachverhalt mit der Durchführung einer externen Prüfung.
- (2) Revisionsgegenstand, -art und –umfang sind festzulegen.
- (3) Der Mitgliederversammlung ist ein schriftlicher Bericht vorzulegen und mündlich zu erläutern.
- (4) Die fachlichen Kenntnisse des Kassenprüfers müssen gegenüber der Größe des Vereins angemessen sein.

§ 25 Vereinsordnungen

- (1) Der Vorstand ist ermächtigt durch Beschluss folgende Ordnungen zu erlassen:
 - 1.1 Geschäftsordnung
 - 1.2 Finanzordnung
 - 1.3 Jugendordnung
 - 1.4 Ehrenordnung
- (2) Die Ordnungen sind nicht Bestandteil der Satzung.

§ 26 Haftung des Vereins

- (1) Ehrenamtlich Tätige und Organ- oder Amtsträger, deren Vergütung Freibeträge oder Freigrenzen nach Einkommensteuerrecht nicht übersteigt, haften für Schäden gegenüber den Mitgliedern und gegenüber dem Verein, die sie in Erfüllung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit verursachen, gem. § 31a BGB nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- (2) Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden, die Mitglieder bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden nicht durch Versicherungen des Vereins abgedeckt sind.

§ 27 Datenschutz im Verein

- (1) Zur Erfüllung der Zwecke des Vereins, auch bei Ausgliederungen wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe (Fördervereine, Werbe-GbR), Bildung von Spiel-, Sport-, Fest- und Interessensgemeinschaften, werden unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder und Dritter (u.a. Lehrgangs-, Wettkampfteilnehmer, Spender, Sponsoren) im Verein getrennt von Beschäftigtendaten gespeichert, übermittelt und verändert.
- (2) Jedes Mitglied, jeder Beschäftigter und jeder Dritter hat das Recht auf:
 - 2.1 Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten,
 - 2.2 Berichtigung über die zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sie unrichtig sind,
 - 2.3 Sperrung der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt,
 - 2.4 Löschungen der zu seiner Person gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unzulässig war.
- (3) Den Organen des Vereins, allen Mitarbeitern oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden der oben genannten Personen aus dem Verein hinaus.
- (4) Für notwendige Zwecke dieser Satzung ist die Überlassung der Mitgliederliste des Vereins mit Adressangaben zulässig.

F. Schlussbestimmungen

§ 28 Austritt aus der DJK

- (1) Der Austritt aus dem DJK-Bundesverband kann nur in einer mit dem Tagesordnungspunkt "Austritt" mit einer Frist von 14 Tagen einberufenen Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Sollte bei der ersten Versammlung nicht die erforderliche Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein, so ist eine zweite Versammlung schriftlich mit den gleichen Fristen einzuberufen, die dann mit Dreiviertelmehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig ist.
- (3) Der Austritt (Auszug aus dem Protokoll) ist dem Diözesankreis- und DJK-Bundesverband mitzuteilen.

§ 29 Satzungsänderungen, Auflösung bzw. Fusion, Vermögensbindung

- (1) Satzungsänderungen oder die Auflösung und Fusion des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung beschlossen werden; zur Beschlussfassung ist eine Dreiviertelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.
- (2) Sofern die Mitgliederversammlung nicht anderes beschließt, sind im Falle der Auflösung der 1. und 2. Vorsitzende als die Liquidatoren des Vereins bestellt.
- (3) Bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall aller steuerbegünstigten Zwecke nach § 2 fällt das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vereinsvermögen an die Pfarrgemeinde St. Josef in Münster-Gelmer, die es unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke im Sinne von § 52 Abgabenordnung (AO) zu verwenden hat.
- (4) Vor Auflösung des Vereins ist die Fortführung des Vereins durch Abteilungen zu prüfen; hierzu können Abteilungen Anträge an den Vorstand richten und die Mitgliederversammlung die Übernahme des Vereinsvermögens durch Abteilungen beschließen.
- (5) Im Falle einer Fusion mit einem anderen Verein, fällt das Vermögen nach Vereinsauflösung an den neu entstehenden Fusionsverein bzw. den aufnehmenden Verein, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke i. S. § 52 Abgabenordnung (AO), zu verwenden hat.

§ 30 Gültigkeit der Satzung

- (1) Die Satzung wurde durch die Mitgliederversammlung am 12.04.2019 beschlossen.
- (2) Diese Satzung wird nach Eintragung beim Registergericht des Amtsgerichts Münster wirksam und tritt am 01.01.2019 in Kraft.
- (3) Die bisherige Satzung tritt mit diesem Datum zum 31.12.2018 außer Kraft.